

Herr Stricker erklärt, dass auch hier die Bürger über die Gefahren der Herkulesstaude informiert werden sollten. Es sei denkbar, diese Aufklärung in Kombination mit der Beifuß- Ambrosie durchzuführen. Frau Wegscheid schildert das Problem, dass bei der Bekämpfung der Herkulesstaude entlang der Sieg die Pflanze nicht vollständig entfernt wird und einige schwer erreichbare oder größere Pflanzen einfach stehen gelassen werden. Herr Stricker erklärt, dass man für die Bekämpfung der Herkulesstaude den Einsatz eines zugelassenen Herbizids in Form eines Injektions- oder Streichverfahrens nicht ausschließen sollte. Diese Methode sei einfacher, ungefährlicher und möglicherweise günstiger als z.B. das Abmähen.

Herr Langer gibt zu bedenken, dass die Art und Weise eines Herbizideinsatzes vom Standort der Pflanze abhängen und ausgebildete Fachleute diese Bekämpfung durchführen sollten. Ebenso hält er es für sinnvoll, dass sich die Gemeinde Eitorf den in der Vorlage genannten Maßnahmen anschließt und mit den gleichen Landwirten zusammen arbeiten sollte, mit denen auch die ULB und die Biostation zusammenarbeitet um so evtl. Einsparungen zu erzielen.

Herr Stricker erklärt, dass dieses Problem gemeindeübergreifend entlang der Sieg bekämpft werden muss, da sich bei Hochwasser die Samen der Pflanzen verteilen und anschließend wieder neu auskeimen.

Auf Frage von Herrn Lorenz, wo genau die Gemeinde Eitorf die Zurückdrängung dieser Pflanzen übernimmt, antwortet Herr Sterzenbach, dass die Gemeinden die Bekämpfung außerhalb der Gewässerufer und außerhalb des Naturschutzgebietes übernehmen sollen, was aus personellen Gründen jedoch nicht überall möglich ist. Herr Lorenz hinterfragt weiter, wer die Ausbildung von Laien übernehmen soll und ob es nicht bedenklich sei, Privatpersonen mit dieser Aufgabe zu betrauen. Weiterhin regt er an, die Forstämter um Mithilfe zu bitten, da die Aufgaben seit Abschaffung der Pflanzenschutzämter auf die Forstämter übertragen wurden. Herr Langer erklärt hierzu, dass die Zuständigkeit nur innerhalb des Waldes bei den Forstämtern läge und außerhalb dieses Gebietes die Landwirtschaftskammer zuständig sei.

Herr Freiburg erläutert zu den vorgenannten Fragen, dass sich der Fischereiverband und freiwillige Bürger gemeldet haben, bei der Zurückdrängung zu helfen und diese Schulung der Rhein-Sieg-Kreis durchführen wird.

Nach einigen weiteren Wortmeldungen nimmt der Ausschuss Kenntnis.